

Inhaltsverzeichnis

1. Stiftung Familienunternehmen	
2. Peer Steinbrück	
3. Die Familienunternehmer - ASU	
4. Günther Oettinger	
5. Udo di Fabio	
6. Clemens Fuest	

Stiftung Familienunternehmen

Die **Stiftung Familienunternehmen** setzt sich in Politik und Medien für die Anliegen der größten deutschen Familienunternehmen ein. In der Öffentlichkeit wird die Stiftung zuweilen als Vertretung des Mittelstands wahrgenommen, da die Begriffe Familienunternehmen und Mittelstand häufig synonym verwendet werden. Die rund 500 Förderer der Stiftung stammen allerdings nach eigenen Angaben "aus dem Kreis der größten deutschen Familienunternehmen".^[1] Tatsächlich besteht das Kuratorium aus Vertretern großer Unternehmen, aus Superreichen und Vermögensverwaltern.^[2] In ihrer politischen Arbeit konzentriert sich die Stiftung vor allem darauf, die stärkere Besteuerung von Reichtum abzuwehren (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer).

Nach eigenen Angaben konzentriert sich die Stiftung auf die Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie den diesbezüglichen Erfahrungsaustausch zum Thema Familienunternehmen.^[3] Hierzu gehören beispielsweise die Förderung von Forschungsarbeiten sowie die Unterstützung von wissenschaftlichen Arbeiten und Lehrstühlen bzw. Instituten.

Als Reaktion auf das Urteil des Bundesfinanzhofes aus dem Jahr 2019, in dem Attac die Gemeinnützigkeit abgesprochen wurde, ist die Stiftung Familienunternehmen um die neue Organisation **Stiftung Familienunternehmen und Politik** ergänzt worden, die nicht gemeinnützig ist.^[4] Als zentraler Ansprechpartner in allen politischen Belangen der Familienunternehmen wird sie sich künftig auch im Rahmen von Expertenanhörungen im Deutschen Bundestag äußern. Sie hat zunächst fünf feste Mitarbeiter, die im „Haus des Familienunternehmens“ in Berlin tätig sind. Die Organe der neuen Organisation (Vorstand, Geschäftsführer und Kuratorium) sind mit denen der Stiftung Familienunternehmen identisch.

Stiftung Familienunternehmen



Rechtsform gemeinnützige Stiftung
Tätigkeitsbereich Politische Interessenvertretung der größten deutschen Familienunternehmen
Gründungsdatum 2002
Hauptsitz München
Lobbybüro Haus des Familienunternehmens, Pariser Platz 6a, Berlin
Webadresse familienunternehmen.de

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	3
1.1 Eintrag im Lobbyregister/Transparenzregister	3
1.2 Direkter Kontakt in die Politik	3
1.3 Medienkooperationen	3
1.4 Einfluss in der Wissenschaft	4
1.5 Einfluss in der EU	4
1.6 Verbindungen zur AFD	4

2 Fallstudien und Kritik	5
2.1 Einfluss auf Reform der Erbschaftssteuer 2016	5
3 Organisationsstruktur und Personal	6
3.1 Vorstand und Geschäftsführer	6
3.2 Kuratorium	6
3.3 Wissenschaftlicher Beirat	6
3.4 Mitglieder	7
4 Finanzen	7
5 Weitere Informationen	7
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	7
7 Einzelnachweise	7

Lobbystrategien und Einfluss

Eintrag im Lobbyregister/Transparenzregister

Im deutschen Lobbyregister gibt die Stiftung Familienunternehmen und Politik an (Stand: 07.06.2023)

- im Jahr 2022 1.790.001 bis 1.800.000 Euro auszugeben und
- 1 bis 10 Lobbyist:innen zu beschäftigen, von denen vier namentlich genannt werden ([zum Registereintrag](#))

Auch im europäischen Transparenzregister ist die Stiftung Familienunternehmen und Politik eingetragen. Dort hat sie für das Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro Lobbyausgaben und sechs beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 1,5) angegeben ([zum Registereintrag](#))

Direkter Kontakt in die Politik

Die Stiftung Familienunternehmen nimmt - seit 2022 über die Stiftung Familienunternehmen und Politik - Einfluss auf politische Entscheidungen wie etwa zur Reform der Erbschaftssteuer (siehe unten). Die Stiftung organisiert regelmäßig Veranstaltungen, auf dem ihre Mitglieder mit hochrangigen Politikern ins Gespräch kommen können. Ihre Kontakte reichen bis hin zur höchsten Ebene: Sowohl die amtierende Kanzlerin **Angela Merkel** als auch ihr damaliger Herausforderer **Peer Steinbrück** ließen es sich im Wahljahr 2013 nicht nehmen, zum jährlichen Tag des deutschen Familienunternehmens zu erscheinen, zu dem die Stiftung in das Hotel Adlon in Berlin einlädt. In der Hochphase der Auseinandersetzung um einen neuen Kompromiss zur Erbschaftssteuer lobte Bundeskanzlerin Merkel auf dem Tag des Familienunternehmens die Lobbyarbeit der Stiftung: Ihre Anliegen seien gut bekannt, nun sollte sich die Stiftung nur noch „ein bisschen mit den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten befassen“.

Medienkooperationen

Bei den „Hauptstadtgesprächen“ im Haus des Familienunternehmens wirkte die Süddeutsche Zeitung als Medienpartner und berichtet ausführlich. Viele prominente Politiker waren bereits vertreten, u.a. konnte sich dort im Jahr 2013 der damalige Kanzlerkandidat Peer Steinbrück während seines Wahlkampfes profilieren. Auch ein weiteres jährliches Veranstaltungsformat wird in der Kooperation mit einer Zeitung durchgeführt, die "WELT-Währungskonferenz" in Kooperation mit der Zeitung "Die Welt". ^[5]

Darüber hinaus werden Medien-Kontakte in den Kooperationen mit Journalistenschulen schon früh gepflegt. Darunter: die Axel-Springer-Akademie in Berlin, die Deutsche Journalistenschule in München, die Georg-Holtzbrinck-Schule für Wirtschaftsjournalisten in Düsseldorf und die Kölner Journalistenschule für Wirtschaft und Politik.^[6]

Einfluss in der Wissenschaft

Auch in der Wissenschaft ist die Stiftung bestens vertreten: Sie fördert unter anderem die Institute und Forschungsstellen für Familienunternehmen an den Universitäten Witten-Herdecke ([Wittener Institut für Familienunternehmen](#)), Friedrichshafen ([Friedrichshafener Institut für Familienunternehmen](#)) und Bayreuth ([Forschungsstelle für Familienunternehmen](#)). Es werden Aufträge für Studien vergeben und somit die wissenschaftliche Diskussion über Familienunternehmen geprägt. Stiftungsgründer Hennerkes selbst ist Honorarprofessor in Witten-Herdecke, der Geschäftsführer der Stiftung lehrt in Friedrichshafen^[7]. Die Stiftung betreibt auch Wissenschaftslobbyismus, indem sie gezielt die Forschung zu Themen wie der Erbschaftssteuer-Reform oder der Frauenquote unterstützt bzw. eigene Studien anfertigen lässt^[8]. Zusätzlich veröffentlicht die Stiftung Familienunternehmen in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Instituten, wie dem arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) oder dem ifo-Institut, wissenschaftliche Gutachten und Studien. In diesen Veröffentlichungen wird unter anderem die Steuerbelastung für Unternehmen thematisiert. Das Ergebnis der Studien ist dabei fast immer, dass die Unternehmenssteuern gesenkt/nicht erhöht werden.^{[9][10][11]}

Die Auswirkungen von Steuererhöhungen oder -senkungen auf Unternehmen sind in der Wirtschaftswissenschaft jedoch umstritten. So schreiben beispielsweise einige Expert:innen der Einführung einer Vermögenssteuer oder einer Reform der Erbschaftssteuer positive Effekte für die Gesellschaft zu.^[12]
^[13]

Einfluss in der EU

In Brüssel vertritt die Stiftung als Mitglied in der Expertengruppe Familienunternehmen die Interessen ihrer Förderer auf EU-Ebene.^[14]

Verbindungen zur AfD

Ähnlich wie auch der Verband [Die Familienunternehmer - ASU](#) zeigt sich die Stiftung offen gegenüber den eurokritischen Positionen der AfD. Im Mai 2014 bot sie dem damaligen Parteichef **Bernd Lucke** die Bühne, indem sie ihn zur zentralen Veranstaltung der Stiftung, dem „Tag des deutschen Familienunternehmens“, als Podiumsgast einlud.^[15] Leiter der Berliner Repräsentanz „Haus des Familienunternehmens“ war zwischen April 2015 und Juni 2018 **Matthias Lefarth**^[16]. Der Steuerexperte und Eurokritiker wechselte im Juli 2014 zunächst als Leiter Steuer- und Finanzpolitik zur Stiftung.^[17] Lefarth war zeitweilig AfD-Landeschef in Berlin und unterstützte nach deren Angaben die Berliner AfD im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik^[18]. Im Juli 2018 wechselte Lefarth zur Europäischen Kommission.^[16]

Fallstudien und Kritik

Einfluss auf Reform der Erbschaftssteuer 2016

Die Familienunternehmerlobby wertete die Reform der Erbschaftssteuer 2008 als großen Lobbyerfolg.^[19] Gemeinsam mit dem Verband [Die Familienunternehmer, ASU](#) setzt sich die Stiftung gegen eine stärkere Besteuerung von Reichtum ein. In einem gemeinsamen Appell von Stiftungsgründer Hennerkes und Großunternehmen wie Bitburger, die Quandt-Erben und der Autovermieter Erich Sixt heißt es, die Erbschaftssteuer sei ein „bürokratisches Monster“ und gefährde Arbeitsplätze in Deutschland.^[20] ^[21]

Die Regierung reagierte im Sinne der Unternehmer. Im Ergebnis sah die Reform u.a. vor, betriebliches Erbe von der Erbschaftssteuer weitgehend auszunehmen. Das Bundesverfassungsgericht indes beurteilte die Bevorteilung der Familienunternehmen 2014 als teilweise grundgesetzwidrig.^[22] Bis Mitte 2016 musste die Regierung eine neue Regelung vorlegen. Gegen die geplanten minimalen Korrekturen wendeten sich vehement die Stiftung Familienunternehmen und [Die Familienunternehmer - ASU](#), worauf

Bundesfinanzminister Schäuble den Regierungsentwurf im September 2015 wieder entschärfte.^[23] Der im Juni 2016 vorgelegte Entwurf der Erbschaftssteuerreform wurde in mehreren Kommentaren als ein Lobbyerfolg der Familienunternehmer gewertet.^[24]^[25] Da sich im parlamentarischen Verfahren keine Einigung zwischen Bundestag und Bundesrat abzeichnete, kündigte das Verfassungsgericht im Juli an, das Verfahren wieder an sich zu ziehen, weil der Gesetzgeber die Frist für einer Änderung verpasst hatte.^[26]^[27] Im September 2016 einigten sich Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss auf einen Kompromiss, nach dem Firmenerben weiter weitgehend verschont werden. Die Ökonomen Birger Scholz und Achim Truger kamen in einer von Campact in Auftrag gegebenen Studie zu dem Schluss, dass "die verfassungswidrige übermäßige Privilegierung des Betriebsvermögens im Rahmen der Erbschaft- und Schenkungsteuer im Ergebnis (fast) vollständig beibehalten" wird.^[28] Dies wurde auch in der taz heftig kritisiert^[29] und Hermann-Ulrich Viskorf, ehemaliger Vizepräsident des Bundesfinanzhof, urteilte gar: "Der Gesetzgeber hat die neuen Regeln aber so gestaltet, dass sie leicht umgangen werden können und nur für ganz wenige Erben großer Betriebsvermögen Bedeutung haben werden. Mein Fazit lautet: Das Ziel wurde verfehlt."^[30]

Die Kontakte zwischen der Stiftung Familienunternehmen, dem Verband [Die Familienunternehmer, ASU](#) und der Politik waren während der Kompromissfindung zur Reform der Erbschaftssteuer 2015 und 2016 offenbar sehr eng. Wie aus einer schriftlichen Anfrage von der Bundestagabgeordnete Lisa Paus (Grüne) an die Bundesregierung hervorgeht, trafen Vertreter der Stiftung Familienunternehmen und des Verbands "Die Familienunternehmen - ASU" zwischen Februar 2015 und Juni 2016 zwölf Mal auf ranghohe Vertreter der Bundesregierung, darunter Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Darunter waren neun Treffen mit der Stiftung Familienunternehmen, drei Treffen mit [Die Familienunternehmer, ASU](#) sowie ein gemeinsames Treffen mit beiden Lobbyverbänden.^[31] Aufgelistet sind fünf Gespräche auf "Leitungsebene" mit dem Bundeskanzleramt, sieben weitere mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Finanzstaatssekretären der Union. Daneben hat es zahlreiche Treffen gegeben, bei denen am Rande "oftmals ein Gedankenaustausch" stattgefunden hat. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) empfing die Lobbyisten sogar in der Staatskanzlei. Auch zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Grüne) gab es gute Kontakte.^[32]^[33]

Laut Süddeutscher Zeitung zahlten 2018 Großerben auf Erbschaften im Gesamtwert von 31 Mrd. Euro nur etwa fünf Prozent Steuer.^[34] Als Großerben werden die gut 600 Deutschen bezeichnet, die 2018 mehr als zehn Mio. Euro erbten oder geschenkt bekamen. Eine Kritik an den Vergünstigungen bei der Erbschaftsteuer von Stefan Bach, dem Steuerexperten des DIW, ist [hier](#) abrufbar.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand und Geschäftsführer

Vorstandsmitglieder sind: Rainer Kirchdörfer, Partner der Sozietät Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz in Stuttgart, und Ulrich Stoll, Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Festo AG in Stuttgart. Brun-Hagen Hennerkes, Stifter und langjähriger Vorstandsvorsitzender, hat sich im Dezember 2019 aus Altersgründen aus dem Stiftungsvorstand zurückgezogen.

Geschäftsführer ist Stefan Heidbreder

Quelle: ^[35]

Kuratorium

Ein genauer Blick in das 42-köpfige Kuratorium der Stiftung gibt einige Hinweise auf die Förderer der Stiftung. Hier sitzt kaum ein Vertreter eines mittelständischen Unternehmens.^[36] Stattdessen sind hier Superreiche wie Johannes Kärcher (Alfred Kärcher), Edwin Kohl (Kohlpharma) oder Nicola Leibinger-Kammüller (Trumpf) vertreten. Weitere Kuratoriumsmitglieder sind Vertreter und Vertreterinnen von Großunternehmen wie Haniel, Henkel oder Theo Müller („Müllermilch“), deren Eigentümer-Familien Haniel, Henkel und Müller selbst zu den reichsten Deutschen zählen. Zu den Kuratoren gehört auch Bundesminister a.D. [Hans-Peter Friedrich](#) (CSU) und [Günther Oettinger](#) (CDU).

Wissenschaftlicher Beirat

Mitglieder sind (Stand: Juli 2023)^[37]:

- [Rainer Kirchdörfer](#) (Vorstand der Stiftung, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats), Partner der auf die Beratung von Familienunternehmen spezialisierten Kanzlei Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz, Honorarprofessor an der Universität Witten/Herdecke
- [Udo di Fabio](#), Direktor für Öffentliches Recht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Bundesverfassungsrichter a.D.
- [Clemens Fuest](#), Präsident des [ifo Institut für Wirtschaftsforschung](#)
- Gabriel Felbermayr, Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung
- [Hans-Werner Sinn](#), ehem. Präsident des [ifo Institut für Wirtschaftsforschung](#)
- [Kay Windthorst](#), Geschäftsführender Direktor der Forschungsstelle für Familienunternehmen der Universität Bayreuth sowie Vorsitzender des Kuratoriums der Haniel Stiftung und Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrat der Haniel & Cie. GmbH

Mitglieder

Auf ihrer Webseite unter "Wer wir sind" bezeichnet sich die Stiftung als "Initiative von Familienunternehmen". Unter "Transparenz" präzisiert sie: "Die Stiftung wird getragen von über 500 Firmen aus dem Kreis der größten deutschen Familienunternehmen." In der Stiftung Familienunternehmen sind also etwa 0,02% aller rund 2,3 Millionen Familienunternehmen vertreten. Da die Begriffe Familienunternehmen und Mittelstand häufig synonym verwendet werden, wird die Stiftung fälschlicherweise zuweilen als Interessenvertretung des Mittelstands wahrgenommen.

Zu den einzelnen Mitgliedern und Förderern der Stiftung macht die Stiftung keine Angaben.

Finanzen

Laut [Gewinn- und Verlustrechnung für 2022](#) erzielte die Stiftung Familienunternehmen und Politik, deren Stiftungskapital 200 Tsd. Euro beträgt, Umsatzerlöse in Höhe von 1.848.227 Euro. Sie finanziert sich über Dienstleistungsverträge mit Familienunternehmen.^[38] Laut [Satzung](#) soll es einen Förderkreis der Stiftung Familienunternehmen und Politik geben.

Weitere Informationen

- [Stellungnahme von Netzwerk Steuergerechtigkeit, Finanzwende und taxmenow an das Bundesverfassungsgericht im Rahmen der Verfassungsbeschwerde gegen das Erbschaftsteuer- und Schenkungsgesetz 2016 - Mai 2023](#)
- [Zeitenwende heißt: Steuerprivilegien für Superreiche kippen! Aktion beim Tag des deutschen Familienunternehmens, Finanzwende vom 01.07.2022](#)
- [Erbschaftsteuer – Die Lobby hat Erstaunliches erreicht](#), Süddeutsche Zeitung vom 10.06.2016

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Angaben auf der Webseite unter "Transparenz" www.familienunternehmen.de](#), zuletzt aufgerufen am 19.03.2019
2. ↑ [LobbyControl: Erbschaftssteuer: Wer sind die Lobbyisten der Reichen?](#), 15.05.2017
3. ↑ [Presseinformation vom 07.06.2021](#), abgerufen am 01.10.2021
4. ↑ [Presseinformation vom 07.06.2021](#), abgerufen am 01.10.2021
5. ↑ [Website Stiftung Familienunternehmen: Weltwährungskonferenz](#), abgerufen am 15.05.2017
6. ↑ [Website Stiftung Familienunternehmen: Journalistenschulen](#), abgerufen am 15.05.2017
7. ↑ [Professor Brun-Hagen Hennerkes Uni Witten-Herdecke](#), abgerufen am 15.05.2017
8. ↑ [Publikationen/Studien Website Stiftung Familienunternehmen](#), abgerufen am 15.05.2017

9. ↑ [Standortfaktor Körperschaftsteuer](#) Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 04.04.2024
10. ↑ [Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland](#), Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 09.04.2024
11. ↑ [Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland](#), Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 09.04.2024
12. ↑ [Grunderbe und Vermögensteuern können die Vermögensungleichheit verringern](#), Website DIW von 2021, abgerufen am 09.04.2024
13. ↑ [Deutschland braucht keine angebotspolitische Zeitwende](#), Website WSI von 2023, abgerufen am 09.04.2024
14. ↑ [Website Stiftung Familienunternehmen: Expertengruppe Familienunternehmen](#), abgerufen am 15.05.2017
15. ↑ [Veranstaltungen](#), Website Stiftung Familienunternehmen, abgerufen am 15.05.2017
16. ↑ ^{16,016,1} [Webseite Stiftung Familienunternehmen](#), abgerufen am 13.08.2018
17. ↑ [Haus des Familienunternehmens](#) Website Stiftung Familienunternehmen, abgerufen am 15.05.2017
18. ↑ [Rücktritt Lefarth](#) Website Bundespresseportal, abgerufen am 15.05.2017
19. ↑ [Brun-Hagen Hennerkes-Über Familienunternehmen und Erbschaftssteuer](#) Der Spiegel, abgerufen am 15.05.2017
20. ↑ [Erbschaftsteuer- Das mittelstandsfeindliche Monster](#), Süddeutsche Zeitung, abgerufen am 15.05.2017
21. ↑ [Appell des Mittelstandes- Protestwelle gegen neue Erbschaftssteuer rollt](#), Handelsblatt, abgerufen am 15.05.2017
22. ↑ [Verfassungsgericht kippt Erbschaftssteuer](#), Der Spiegel, abgerufen am 15.05.2017
23. ↑ [Christoph Butterwege: Ein Lehrstück des Lobbyismus](#), taz online vom 24.09.2015, abgerufen am 15.05.2017
24. ↑ [Familienunternehmen gewinnen Lobby Schlacht um die Erbschaftsteuer](#), sz.de vom 20.06.2016, abgerufen am 15.05.2017
25. ↑ [Videokommentar zur Erbschaftsteuerreform: "Ein Lobbyerfolg der Familienunternehmer"](#), spiegel.de vom 20.06.2016, abgerufen am 15.05.2017
26. ↑ [Keine Einigung in Berlin Erbschaftsteuer wieder in Karlsruhe](#), tagesschau.de vom 14.07.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
27. ↑ [Nach Ablauf der in Sachen „Erbschaftsteuer“ gesetzten Frist zur Neuregelung soll das Normenkontrollverfahren erneut auf die Tagesordnung](#), Bundesverfassungsgericht: Pressemitteilung Nr. 41/2016 vom 14.06.2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
28. ↑ [Erbschaftsteuer-Reform 2016: Eine Aktualisierung der Fallbeispiele nach dem Kompromiss im Vermittlungsausschuss. Kurzexpertise](#), Webseite von Campact, 11.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
29. ↑ [Kommentar Grüne und Erbschaftsteuer: Eine gefährliche Blamage](#), die taz, 14.10.2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
30. ↑ [Ex-Finanzrichter zur Erbschaftsteuer: Reform packt Grundprobleme nicht an](#), Stuttgarter Nachrichten, 13.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
31. ↑ <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/097/1809729.pdf> Bundestagsdrucksache 10/9729 sowie Personalien Eifrige Lobbyisten, Süddeutsche Zeitung vom 24./25.09.2016, S. 26
32. ↑ [Pressemeldung der Süddeutschen Zeitung](#), Das Presseportal, 18.04.2013, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
33. ↑ [Letzter Akt Erbschaftssteuer: Kretschmann und die Lobby der Vermögenden](#), LobbyControl, 13.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017

34. ↑ [Wer viel erbt, zahlt kaum Steuern](#), sueddeutsche.de vom 02.12.2019, abgerufen am 07.12.2019
35. ↑ [Vorstand & Geschäftsführung](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 03.07.2023
36. ↑ [Webseite Stiftung Familienunternehmen - Kuratorium](#), abgerufen am 03.07.2013
37. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 03.07.2023
38. ↑ [Die Stiftung Familienunternehmen und Politik](#), familienunternehmen-politik, abgerufen am 04.07.2023

Peer Steinbrück

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Peer Steinbrück (* 10. Januar 1947 in Hamburg) Bundestagsabgeordneter für die SPD, 2005 bis 2009 Bundesfinanzminister, davor Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

Am 09.12.2012 wurde Peer Steinbrück vom SPD-Parteitag zum Kanzlerkandidaten für die [Bundestagswahl 2013](#) gewählt und trat erfolglos als Herausforderer von [Angela Merkel](#) (CDU) an.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	9
2 Verbindungen / Netzwerke	10
2.1 Aufsichtsratsmitgliedschaft	10
3 Wirken	11
3.1 2015: Beratertätigkeit für die Ukraine	11
3.2 2012: Hilfe für die Stahlindustrie	11
3.3 Nebentätigkeiten	11
4 Kritik	12
4.1 Steinbrücks Nähe zur Finanzlobby	12
4.2 Gründung der ÖPP Deutschland AG	13
4.3 Sponsoring-Gelder für Schachtunier	13
4.4 Peerblog	13
4.5 BigBrotherAward	13
5 Zitate	13
6 Weiterführende Informationen	14
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	14
8 Einzelnachweise	14

Karriere

- seit 01/2017 Kuratoriumsvorsitzender der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung

- seit 10/2016: Senior Advisor der ING-DiBa
- 01/2014-09/2016 Vorsitzender der Parlamentariergruppe USA im Deutschen Bundestag
- 01/2010-09/2012 Mitglied des Aufsichtsrats von [ThyssenKrupp](#)^[1]
- 10/2009-09/2016 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD)
- 11/2005-10/2009 **Bundesfinanzminister**
- 11/2005-11/2009 stellv. Vorsitzender der SPD
- 11/2002-06/2005 **Ministerpräsident** von Nordrhein-Westfalen
- 02/2000-11/2002 Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen
- 10/1998-02/2000 Minister für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr von Nordrhein-Westfalen
- 05/1992-05/1998 Erst Staatssekretär, dann Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
- 06/1990-04/1992 Staatssekretär im Ministerium für Natur, Umwelt und Landesentwicklung des Landes Schleswig-Holstein
- 1986-1990 Leiter des Büros des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau
- 1970-1974 Studium der Volkswirtschaft und der Sozialwissenschaft an der Uni Kiel, Abschluss als Diplom Volkswirt

Quelle: ^[2]

Verbindungen / Netzwerke

- Im März 2015 wurde bekannt, dass Steinbrück für eine prominent besetzte Ukraine-Initiative als Berater auftritt.
- Im Juni 2011 war Steinbrück einer von fünf deutschen Teilnehmern (neben ihm [Josef Ackermann](#), [Thomas Enders](#), [Peter Löscher](#), [Matthias Nass](#)) der [Bilderberg Konferenz](#)^[3]
- Im Sommersemester 2011 übernahm Peer Steinbrück eine Gastprofessur für Politikmanagement der [Stiftung Mercator](#) an der NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen.^[4]
- Steinbrück ist
 - Mitglied des Stiftungssenats in der Deutschen Nationalstiftung
 - Stellv. Vorsitzender der Helmut und Loki Schmidt-Stiftung
 - Mitglied des Kuratoriums in der Stiftung Berliner Schloss - Humboldt-Forum
 - Mitglied der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius

Aufsichtsratsmitgliedschaft

- Im Januar 2010 wurde Steinbrück Mitglied des Aufsichtsrats beim größten deutschen Stahlkonzern [ThyssenKrupp](#)^[5] und erhielt dafür ein Gehalt von 130.000 bis 230.000 Euro.^[6]
Nach Bekanntwerdung seiner Kanzlerkandidatur im Herbst 2012 gab Steinbrück an, seinen Sitz im Aufsichtsrat aufzugeben um Interessenkonflikten zu entgehen und „auch selber nicht ins Zwielficht [zu] geraten“. ^[7]
- Peer Steinbrück ist ebenfalls Mitglied des Aufsichtsrats der Borussia Dortmund GmbH & Co. KGaA.^[8]
Auch In Zukunft will Steinbrück Mitglied im Aufsichtsrat bleiben, da „es erkennbar niemals zu einem Interessenkonflikt kommen kann“, wie er vor Journalisten bekannt gab.^[9]

Wirken

2015: Beratertätigkeit für die Ukraine

Im März 2015 wurde bekannt, dass Steinbrück für den Verein "Agentur für die Modernisierung der Ukraine" als Berater auftreten sollte. Dieser war laut Angaben des Spiegels von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Karl-Georg Wellmann und dem französischen Philosophen Bernard-Henri Lévy in Wien gegründet worden; als Direktor tritt der ehemalige österreichische Vizekanzler Michael Spindelegger auf.^[10] Finanziert wird die Initiative von ukrainischen Oligarchen, unter ihnen sind Dmitrij Firtasch, Rinat Achmetow und Wiktor Pintschuk; diese gelten als umstrittene Figuren der ukrainischen Wirtschaft.^[11] Diese Tätigkeit endete im Juni 2015 in beiderseitigem Einvernehmen, wie beide Seiten in einer Pressemitteilung bekannt gaben.^[12]

2012: Hilfe für die Stahlindustrie

Peer Steinbrück hat nach einem Bericht des Handelsblatts in seiner Zeit als ThyssenKrupp-Aufsichtsrat dem Stahlkonzern seine politische Hilfe für günstigere Strompreise angeboten. Steinbrücks Angebot an ThyssenKrupp geht aus einem Protokoll des Aufsichtsrats vom 31. Januar 2012 hervor. Während der Sitzung hat danach ein Vertreter der Arbeitnehmerseite die hohen Stromkosten für deutsche Industriekunden kritisiert. Steinbrück hat laut Protokoll geäußert, "wenn aus dem Kreis des Aufsichtsrats eine Initiative (...) ergriffen werde, sei er gerne zur politischen Unterstützung bereit".^[13]

Nebentätigkeiten

Zwischen 2009 und 2010 hielt Steinbrück keinerlei Reden im Bundestag, wie Abgeordnetenwatch berichtete.^[14] Gleichzeitig verdient er dennoch gut mit Vorträgen, da Steinbrück seit 2009 insgesamt 89 Vorträge bei Großbanken, Unternehmensberatungen und Stiftungen gehalten hat. Die Anzahl der Vorträge und die Höhe der damit erzielten Einkünfte weist darauf hin, dass für Herrn Steinbrück seine Tätigkeit als Abgeordneter offenbar nicht im Mittelpunkt stand, wie es das Abgeordnetengesetz verlangt. Für rund 70 dieser Auftritte erhielt er jeweils ein Honorar von mindestens 7000 € (Stufe 3). Da lediglich Angaben in 3 Stufen gefordert werden, wobei die höchste Kategorie bei 7000 € und mehr endet, läßt sich die wirkliche Summe der Nebeneinkünfte, nach offiziellen Angaben, nur schätzen.^[15] Hinzu kommen seine Einnahmen durch publizistische Tätigkeiten, unter die seine Veröffentlichungen, „Unterm Strich“ und „Zug um Zug“ in Kollaboration mit Helmut Schmidt fallen.^[16] Nach Einschätzungen des Focus, dürfte Steinbrück demnach mindestens 698.945 € eingenommen haben und zählt somit zu den Spitzenverdienern des Deutschen Bundestages.^[17]

Bei einigen Vorträgen sind die Beziehungen zwischen den auftragsgebenden Unternehmen und Steinbrücks Tätigkeit als Finanzminister besonders heikel: So hielt Steinbrück 2011 einen Vortrag bei der Anwalzkanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer, welche zuvor im Jahre 2008 vom Finanzministerium beauftragt wurde, ein Finanzmarktstabilisierungsgesetz und die Finanzmarktstabilisierungsfonds-Verordnung auszuarbeiten. Hinzu kam eine weitere Auftragsvergabe für ein darauffolgendes Ergänzungsgesetz im Jahre 2009.^[18] Insgesamt zahlte das Finanzministerium unter Steinbrück 1,8 Millionen Euro an die Wirtschaftskanzlei.^[19] Auch für den Vortrag bei Freshfields Bruckhaus erhielt Steinbrück ein Honorar, welches er unter der Kategorie 3, also mindestens 7000 €, vermerkte. Darüber hinaus stellt die Zahlung von mindestens 7000 € an Steinbrück, für ein Interview für den Geschäftsbericht des Baukonzerns Bilfinger Berger, im Jahre 2010, eine ungewöhnliche

Form der Honorierung dar. Laut Focus soll der Betrag für das nur zehn Antworten umfassende Interview sogar im fünf-stelligen Bereich gelegen haben.^[20] Kritisch an dem Interview ist außerdem, dass sich Steinbrück zum Thema Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP) äußerte. Als Mitglied der [ÖPP Deutschland AG](#), dessen juristische Konstruktion ebenfalls auf [Freshfields Bruckhaus Deringer](#) zurück geht,^[21] hatte Bilfinger Berge maßgeblich durch das Einwirken des Bundesfinanzministeriums profitiert. Das Ministerium stand zum damaligen Zeitpunkt unter der Leitung Steinbrücks. (Siehe unten: [Die Gründung der ÖPP Deutschland AG](#))

Des Weiteren gehen aus den veröffentlichungspflichtigen Angaben, wie sie auf der Profilseite Steinbrücks des Deutschen Bundestages zu finden sind, die eigentlichen Kunden der Vorträge Steinbrücks nicht hervor. So werden lediglich Angaben über die vermittelnden Redeagenturen gemacht, unter denen unter anderem the London Speaker Bureau, Celebrity Speakers GmbH, [WMP Eurocom](#) und Experts4 Events zu finden sind.^[22] Auf diese Weise werden konkrete Angaben zu den eigentlichen Auftraggebern^[23], wie es die [Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages](#) vorsehen, umgangen.

Steinbrück reagierte seinerseits auf die Kritik und beauftragte am 04.10.2012 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften Warth & Klein mit der Veröffentlichung der Auftraggeber, Orte und Themen der jeweiligen Vorträge. In dem am 30.10.12 veröffentlichten Bericht finden sich außerdem die Bruttohonorare der bezahlten Vorträge in den Jahren 2009 bis 2012 wieder.^[24] Dem Bericht zur Folge nahm Steinbrück, zwischen 2009 und 2012, durch die 89 außerparlamentarischen Vorträge brutto, insgesamt 1,25 Millionen Euro ein. Die höchste Honorierung liegt laut Angaben bei 25.000 Euro für eine Veranstaltung der Stadtwerke Bochum. Durchschnittlich nahm Steinbrück 15.000 Euro für seine Vorträge ein. Als Ergänzung gab Steinbrück an, diese zu einem Steuersatz von 48 Prozent versteuert zu haben. Demnach blieben ihm durchschnittlich 7.300 Euro als Nettoeinnahmen.^[25] Der Bericht stellt außerdem fest, dass Steinbrück zwei Vorträge nicht ordnungsgemäß angab.^[24] Hierbei handelt es sich um den über die Celebrity Speakers GmbH vermittelten Vortrag bei der [Südwestbank AG](#) am 19.10.12, sowie eine Vortrag bei der [Kerkhoff Consulting GmbH](#) am 13.10.2011.^[24] Auf die Frage, weshalb er die beiden Vorträge nicht angab, antwortete Steinbrück «Nachlässigkeit von mir, ich habe es einfach verschwitzt.»^[25]

Kritik

Steinbrücks Nähe zur Finanzlobby

In der Öffentlichkeit wird Peer Steinbrück häufig für seine Nähe zur Finanzbranche kritisiert. Insbesondere die Aktivitäten Steinbrücks rund um die [Initiative Finanzstandort Deutschland](#) (IFD) verdeutlichen die Vorwürfe. Der Zusammenschluss bestand, zwischen 2003 bis hin zu seiner Auflösung 2011, größtenteils aus Vertretern der Finanzbranche. Mitglieder waren unter anderem die [Deutsche Bank](#), [Goldman Sachs](#) die [Commerzbank](#) und die [Citigroup](#). Während ihres Bestehens setzte sich die IFD für eine Deregulierung der Finanzmärkte ein und warnte noch 2008, im Zuge der Finanzkrise, vor einer Überregulierung des Finanzsektors seitens der Politik.^[26] Auch das Bundesfinanzministerium war unter der Leitung Steinbrücks Mitglied der Initiative. Laut Informationen die der Online-Zeitung Telepolis vorliegen, unterstützte Steinbrück das Engagement der IFD und setzte sich noch zwei Monate nach der Verabschiedung des [Finanzmarktstabilisierungsgesetzes](#) dafür ein, dass die IFD, „die nun notwendigen ‚Regulierungen im Finanzsektor‘ und die ‚europäische Integration im Bankensektor‘ als Politikberater begleiten sollte“.^[27] Unter den zuvor beschriebenden Vortragskunden von Peer Steinbrück tauchen u.a. die IFD-Mitglieder JP Morgan (zweimal), Deutsche Bank (dreimal), Sparkassen (fünfmal), Volks- und Raiffeisenbanken (fünfmal) und Citigroup (einmal) auf.^[27]

Anfang Dezember berichtete *Zeit Online*, dass das Bundesfinanzministeriums 2006 bei einer Änderung des Steuergesetzes Schriften des Verbandes deutscher Banken übernommen hatte. Die Begründungen für die Änderung sei zu „großen Teilen identisch mit einem Schreiben des Bundesverbandes deutscher Banken aus dem Jahr 2002.“^[28]

Gründung der ÖPP Deutschland AG

Steinbrück ist ein Befürworter von öffentlich- privaten Partnerschaften, auch bekannt **Public Private Partnerships (PPP)**. Dieses Modell beinhaltet die Integration privatwirtschaftlicher Unternehmen in öffentliche Tätigkeiten. Laut TAZ erleichterte die Mitgliedschaft des Bundesfinanzministeriums unter Steinbrücks Regentschaft die Entsehung maßgeblich.^[29] Die **ÖPP Deutschland AG** fungiert als Beratungsfirma zur Förderung der Privatisierung öffentlichen Eigentums, wobei der Bund und verschiedene Unternehmen die Anteilshaber stellen. Als ein aus privatwirtschaftlichen Unternehmen bestehender Verbund berät sie Kommunen zur Auftragsvergabe öffentlicher Projekte an Unternehmen. Die selbsterklärte Unabhängigkeit der ÖPP ist daher zu bezweifeln.^[30] In die Kritik geriet die ÖPP Deutschland AG besonders wegen ihres Entstehungsprozesses. Die Gründung der Beratungsfirma am 11. November 2008 geht zurück auf das Einwirken der **Initiative Finanzstandort Deutschland**. Am 12.06.2007 wurde die Gründung der ÖPP Deutschland AG von Peer Steinbrück und Wolfgang Tiefensee nach einem einstündigen Gespräch abgesegnet.^[29]

Sponsoring-Gelder für Schachtunier

Als bekennender Schachliebhaber geriet Steinbrück unter Druck, weil er für die Ausrichtung der Schachweltmeisterschaft 2006 in Bonn um Sponsoring-Gelder geworben hatte. Unter anderem richtete der damalige Bundesfinanzminister Sponsoringbitten an die Eon AG, Deutsche Bank AG, RAG, Porsche AG sowie die Post und die Telekom. Er selbst sieht die Sponsoringaktivitäten als unproblematisch an, da er nicht aus persönlichen Gründen um Gelder warb, „sondern um ein sportliches Ereignis nach Deutschland zu holen“.^[31]

Peerblog

Anfang Februar 2013 geriet Steinbrück in die Kritik, weil er sich auf eine intransparente Finanzierung für den Wahlkampfblog "peerblog.de" einließ. Der Peerblog sei laut der PR-Agentur, die ihn betreibt, unabhängig von der SPD und diene allein der Unterstützung des Kandidaten Steinbrück. Er finanziere sich durch fünf Unternehmer, die vorerst anonym bleiben wollen. Steinbrück sagte gegenüber Medien, dass ihm lediglich die Unterstützer nicht aber die Finanziere des Blogs bekannt seien.

BigBrotherAward

2007 erhielt Peer Steinbrück den Negativpreis BigBrotherAward von dem Verein Digitalcourage. Laut Digitalcourage e.V. bekam er den Preis wegen der Einführung der Steuer-Identifikationsnummer.^[32]

Zitate

„Ich glaube, dass eine gewisse Privatheit gelten muss. Ich glaube, dass es Transparenz nur in Diktaturen gibt und dass die Art der Debatte, die wir führen, der Politik und der, sagen wir mal, politischen Klasse auch nicht guttun. Es werden viele Vorurteile, viele Ressentiments bei den Wählerinnen und Wählern, bei den Bürgerinnen und Bürgern bestätigt nach dem Motto: Die

sind so, die sind in einem System der Vorteilsgewährung und Vorteilsnahme, die bereichern sich et cetera. Und da muss man aufpassen, dass man über Parteigrenzen hinweg nicht einen Prozess in Gang setzt, der die Politik insgesamt beschädigt. Und bei einigen Stellungnahmen bezogen auf meine Person habe ich den Eindruck, das merken die gar nicht.“ Steinbrück im DLF, 06.10.2012^[33]

Weiterführende Informationen

- [Weitere Informationen zum Thema Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Steinbrück verlässt Aufsichtsrat bei ThyssenKrupp](#) Spiegel-Online vom 01.10.2012, abgerufen am 13.10.2012
2. ↑ [Webseite von Peer Steinbrück](#) abgerufen am 13.10.2012
3. ↑ [Final List of Participants Webseite der Bilderberger Konferenz](#) abgerufen am 12.06.2011
4. ↑ [Gastprofessur für Politikmanagement der Stiftung Mercator - Peer Steinbrück](#), offizielle Website der NRWSchool of Governance, abgerufen am 21. Oktober 2011
5. ↑ [Steinbrück kontrolliert künftig ThyssenKrupp](#) Focus vom 20. November 2009, abgerufen am 21.10.2010
6. ↑ [Lockruf des Geldes](#), Welt.de vom 27. Mai 2010, abgerufen am 21.10.2010
7. ↑ [\[1\],me-magazine.info](#) vom 01.10.2012 ,abgerufen am 02.10.2012
8. ↑ [Deutscher Bundestag: Peer Steinbrück](#), www.DeutscherBundestag.de, abgerufen am 04.10.12
9. ↑ [Steinbrück verlässt Tyssenkrupp_bleibt aber beim BVB](#), www.reuters.de vom 01.10.2012 abgerufen am 04.10.12
10. ↑ [Umstrittene Beratung: Steinbrück zweifelt an seinem Ukraine-Engagement](#), Spiegel online, 16. März 2015, zuletzt aufgerufen am 17.3.2015
11. ↑ [Steinbrücks Ukraine-Mission: Unter Oligarchen](#), Spiegel Online, 3. März 2015, zuletzt aufgerufen am 17. März 2015
12. ↑ [Presseerklärung zu meiner Tätigkeit in der Agentur zur Modernisierung der Ukraine](#), Webseite von Peer Steibrück, 9. Juni 2015, zuletzt aufgerufen am 16.6.2015
13. ↑ [Steinbrücks Nähe zur Stahlindustrie sorgt für Unmut](#) Handelsblatt vom 08.01.2013, abgerufen am 10.01.2013
14. ↑ [Der Abgeordnete der nur noch gegen Bezahlung redet](#)www.Abgeordnetenwatch.de vom 26.05.10, abgerufen am 04.10.12
15. ↑ [Vorstand der SPD nominiert Steinbrück einstimmig zum Kanzlerkandidaten](#),Süddeutsche Zeitung.de vom 02.10.12, aberufen am 02.10.12
16. ↑ [Reisender in eigener Sache](#), www.Süddeutsche.de vom 02.10.12 abgerufen am 11.10.12

17. ↑ [Nebenverdienste der Parlamentarier die zehn Spitzenverdiener im Bundestag](#), www.focus.de vom 09.10.12 abgerufen am 11.10.12
18. ↑ [Debatte um Nebeneinkünfte Steinbrücks zuverdienst sorgt für Unruhe](#), www.stern.de vom 03.10.12 abgerufen am 11.10.12
19. ↑ [Finanzministerium zahlte Anwaltskanzlei 1,8 Millionen Euro](#), www.zeit.de vom 28.12.12 abgerufen am 28.12.12
20. ↑ [SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück kassierte für Interview ab 7000 Euro für 10 Antworten](#), www.Focus.de vom 30.09.2012, abgerufen am 02.10.2012
21. ↑ [Steinbrück Pflegt Nähe zu Bankenlobbyisten](#), www.spiegel-online.de vom 07.10.12, abgerufen am 24.10.12
22. ↑ [Peer Steinbrück, SPD](#), bundestag.de, abgerufen am 02.10.12
23. ↑ [Tätigkeiten und Einkünfte neben dem Mandat](#), www.deutscherbundestag.de, abgerufen am 02.10.12
24. ↑ ^{24,024,124,2} [Ergebnisse zur Ordnungsmäßigkeit der Veröffentlichung der Vorträge von Herrn Steinbrück](#) www.spd.de vom 30.10.12 abgerufen am 30.10.12
25. ↑ ^{25,025,1} [Steinbrück verteidigt Rede-Honorare](#), www.welt.de vom 30.10.12 abgerufen am 30.10.12
26. ↑ [Initiative Finanzstandort Deutschland warnt vor Überregulierung](#), www.FAZ.de veröffentlicht am 28.07.08 abgerufen am 19.11.12
27. ↑ ^{27,027,1} [Peer Steinbrück und die Initiative Finanzstandort Deutschland](#), www.heise.de vom 13.11.12 abgerufen am 19.11.12
28. ↑ [Unter Steinbrück schrieben Banken selbst das Steuergesetz](#), zeit.de vom 05.12.2012, abgerufen am 06.12.2012
29. ↑ ^{29,029,1} [Der Wirtschaftstrojaner](#), www.taz.de vom 27.01.2012 abgerufen am 03.10.12
30. ↑ [Wer wir sind](#), www.partnership-deutschland.de abgerufen am 03.10.2012
31. ↑ [Schach Affäre weitet sich aus](#), www.Focus.de, 27.09.12 abgerufen am 02.10.12
32. ↑ [bigbrotherawards.de](#) Preisträger 2007, abgerufen am 09.05.2017
33. ↑ [Steinbrück weist Vorwürfe in Honorardebatte zurück](#), dlf.de vom 06.10.2012, abgerufen am 20.10.2012

Die Familienunternehmer

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Die Familienunternehmer

Die Familienunternehmer – ehemals „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer“ (ASU) – bezeichnet sich als politische Interessenvertretung der deutschen Familienunternehmen. Teil der Familienunternehmer ist auch die Gruppierung "Die Jungen Unternehmer".

Die Familienunternehmer stehen eigenen Angaben nach für Freiheit, Eigentum, Wettbewerb sowie Verantwortung und sehen sich selbst als "die Melkkühe der Nation"^[1].

Der Politik und der Öffentlichkeit soll ein positives Unternehmerbild sowie die Maxime „Mehr Markt, weniger Staat“ vermittelt werden. Konkrete Kampagnen richten sich u.a. gegen Eingriffe in das Privateigentum (z.B. bei den politischen Debatten um Vermögens- und Erbschaftsteuern) oder Regularien, die Unternehmen zu mehr Transparenz und Sorgfalt verpflichten (z.B. bei den politischen Debatten um das Transparenzregister und das Lieferkettengesetz).

Der Verein hatte am 22.01.2022 6.000 Mitglieder und hat 2021 über drei Mio. Euro für Lobbyarbeit ausgegeben.^[2]

Nur Unternehmen, die mehr als 1.000.000 Euro Umsatz erwirtschaften und mindestens 10 Mitarbeiter:innen beschäftigen, können Mitglied im Verein werden.^[3] Von knapp 2,5 Millionen Kleinst-, kleinen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland im Jahr 2020 waren demnach nur ca. 400.000, also 16% überhaupt berechtigt, einen Mitgliedsantrag zu stellen.^[4]



Die Familienunternehmer

Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Politische Interessenvertretung der deutschen Familienunternehmer
Gründungsdatum 1949
Hauptsitz Berlin, Charlottenstraße 24
Lobbybüro
Lobbybüro
EU
Webadress familienunternehmer.eu
e

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	17
2 Fallbeispiele und Kritik	17
2.1 Lobbying gegen das Lieferkettengesetz	17
2.2 Lobbying gegen das Transparenzregister	18
2.3 Lobbying gegen die Erbschaftssteuer	18
2.4 Lobbying gegen die Vermögensteuer	19
2.5 Lobbying gegen die Klimapolitik der Bundesregierung	19
2.6 Kritik am aggressiven Auftreten	20
3 Positionen	20
4 Organisationsstruktur und Personal	21
4.1 Geschäftsführung	21
4.2 Präsidium	21
5 Strategischer Beirat	21

6 Kooperationen	22
6.1 Jenaer Allianz	22
6.2 European Family Businesses	22
6.3 Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	22
6.4 Austauschrunde Steuern	23
7 Zitate	23
8 Weiterführende Informationen	23
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	23
10 Einzelnachweise	23

Lobbystrategien und Einfluss

Im deutschen Lobbyregister geben die Familienunternehmer (Stand: 24.02.2022) an, im Jahr 2021 zwischen 3.020.001 bis 3.020.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 11 bis 20 Interessenvertreter zu beschäftigen. ^[5]

Fallbeispiele und Kritik

Lobbying gegen das Lieferkettengesetz

Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.

Die Familienunternehmer hatten sich mehrfach mit deutlicher Rhetorik gegen ein deutsches und europäisches Lieferkettengesetz ausgesprochen und auch ihre Befürworter scharf kritisiert. Dabei fordert der Verband immer wieder Belastungsmoratorien - also eine Aufschiebung des Gesetzes. (Mehr zu dem Aspekt, wie die Forderung des Belastungsmoratoriums durch Unternehmen verwendet wurde um konkrete Politik zu beeinflussen, findet sich in diesem [Beitrag von LobbyControl](#))

Bereits das Inkrafttreten der CSRD-Richtlinie zu Berichterstattungspflichten für Unternehmen bezeichneten die Familienunternehmer als „Wahnsinn“ und forderten ein „Regulierungs-Moratorium – jetzt!“^[6] Auch aufgrund der angespannten Energiesituation 2022 hatten Unternehmensverbände ein Belastungsmoratorium von der deutschen Bundesregierung gefordert. Die Bundesumweltministerin Lemke beschloss damals jedoch am Lieferkettengesetz festzuhalten und wurde dafür von den Familienunternehmern scharf kritisiert. Lemke wurde für ihr Beharren auf einem bereits beschlossenen Gesetz vorgeworfen „ignorant“ zu handeln „Öl ins Feuer“ zu gießen und gar den Mittelstand existenzbedrohend zu gefährden.^[7]

Rufe nach einem Belastungsmoratorium gab es von Seiten der Unternehmen auch bereits zu Beginn der COVID-19 Pandemie. So beteiligten sich die Familienunternehmer an einer INSM-Kampagne die am 8. Juni 2021 in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen war. Dort heißt es, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort.“^[8] Führende Ökonomen widersprachen derartigen Aussagen.^[9] Der Wirtschaftsweisen Achim Truger bemerkte, dass „eventuelle nachteilige Effekte so klein sein [würden], dass sie quantitativ im statistischen Rauschen untergehen.“^[10]

Lobbying gegen das Transparenzregister

Als Reaktion auf die Veröffentlichung der Panama-Papers ist 2017 ein Transparenzregister eingeführt worden, aus dem sich Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen ersehen lassen.^[11] So wird nach Auffassung des Bundesfinanzministeriums die Transparenz erhöht und der Missbrauch von Gesellschaften und Trusts zu Zwecken der Geldwäsche, ihrer Vortaten wie Steuerbetrug und Terrorismusfinanzierung erschwert. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung sollte sich nach dem Gesetzentwurf von Ende 2016 jeder informieren können, wem eine Firma gehört.^[12] Daraufhin hätten die Arbeitgeberverbände vorgetragen, der öffentliche Zugang sei unverhältnismäßig und trage nicht zur Geldwäschebekämpfung bei. Der Verband der Familienunternehmer sei noch weitergegangen: Nicht einmal Journalisten oder Nichtregierungsorganisationen sollten Zugang zu dem Register erhalten. Dabei seien es in der Vergangenheit vor allem deren Recherchen, die Korruptions- und Geldwäscheskandale aufdeckten. In einem an das Bundesfinanzministerium gerichteten Schreiben vom 3. Januar 2017 habe der Verband sogar behauptet, durch den öffentlichen Einblick steige die Gefahr für Leib und Leben von Familienunternehmern und ihren Angehörigen. Der Verband habe diese Behauptung allerdings nicht belegen können und eingeräumt, es handle sich vor allem um ein Gefühl seiner Mitglieder. Gleichwohl habe daraufhin eine Mitarbeiterin des damaligen Staatssekretärs Michael Meister (CDU) nach Rücksprache mit Minister Schäuble unter Bezugnahme auf die Argumente des Verbandes die Anweisung erteilt, „in der Kabinettsvorlage einen öffentlichen Zugang zum Transparenzregister nicht vorzusehen“.

Die letztlich beschlossene [gesetzliche Regelung](#) enthält laut Süddeutscher Zeitung eine Vielzahl von Einschränkungen: Nur Personen und Organisationen mit "berechtigtem Interesse" können Einblick erhalten. Aber nur in Registereinträge, für die sie ihr Interesse jeweils einzeln nachweisen müssen. Auch Journalisten müssten dem Bundesanzeiger - einem Privatunternehmen - erklären, warum sie wissen wollen, wer hinter einer Firma steckt. Nur wenn ein begründeter Verdacht auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung bestehe, bekomme man die Auskunft. Die EU habe inzwischen beschlossen, dass das Transparenzregister ab 2020 öffentlich zugänglich sein müsse.

Lobbying gegen die Erbschaftssteuer

Der Verband, der sich gemeinsam mit der [Stiftung Familienunternehmen](#) regelmäßig gegen eine stärkere Besteuerung von Reichtum einsetzt, wertete die Reform der Erbschaftssteuer 2008 als großen Lobbyerfolg.^[13] Die Reform sah u.a. vor, betriebliches Erbe von der Erbschaftssteuer weitgehend auszunehmen. Das Bundesverfassungsgericht indes beurteilte die Bevorteilung der Familienunternehmen 2014 als teilweise grundgesetzwidrig.^[14] Bis zum 30. Juni 2016 hätte die Regierung eine neue Regelung vorlegen müssen. Gegen die geplanten minimalen Korrekturen liefen die Die Familienunternehmer - ASU und die [Stiftung Familienunternehmen](#) Sturm, worauf Bundesfinanzminister Schäuble den Regierungsentwurf im September 2015 wieder entschärfte.^[15] Die endgültige Neuregelung ist erst am 9. November 2016 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und gilt rückwirkend ab dem 1. Juli 2016.

Lobbying gegen die Vermögensteuer

Gegen die von den „Grünen“ im Bundestagswahlkampf 2013 erhobene Forderung nach Wiedereinführung einer Vermögensteuer organisierte der Hauptgeschäftsführer Albrecht von der Hagen eine Kampagne, deren Adressaten nicht nur alle Direktkandidaten in den Wahlkreisen waren, sondern auch sämtliche Sportvereine und Kulturinstitutionen wie Theater oder Musikschulen.^[16] Letzteren wurde als Konsequenz der Vermögensteuer eine mangelnde Spendenfähigkeit vorgegaukelt, was von der Hagen im Interview mit dem manager magazin wie folgt umschreibt: „Wir haben Ihnen erklärt, was es für sie bedeutet, wenn eine Vermögensteuer den Familienunternehmen die Substanz raubt und dann nichts mehr für Spenden bleibt. Das hat gezündet“.

Die Kampagne ist 2021 fortgeführt und erweitert worden.^[17] So trat der Verband der Familienunternehmer im Wahlkampf 2021 an die Öffentlichkeit, um Stimmung für seine politische Hauptforderung zu machen: die Verhinderung der Vermögenssteuer. Dazu gehören nach [Einschätzung von LobbyControl](#) irreführende Aussagen und manipulative Umfragen. Der Verband ist Teil der Bündnis-Kampagne [Vermögenssteuer trifft alle](#), die gemeinsam mit dem [Bund der Steuerzahler](#) und dem Verband Familienbetriebe Land und Forst organisiert wird. Unterstützt wird die Kampagne von weiteren Verbänden wie [Deutsche Stiftung Eigentum](#), Haus und Grund, Bundesverband deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften, [Gesamtmetall](#), Verband der Rauchtakindustrie, dem Zentralen Immobilienausschuss sowie der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft für Wirtschaft und Wissenschaft.

Während des Bundestagswahlkampfes 2021 drohte der Verband in einer Zeitungsanzeige, dass nach Einführung der Vermögenssteuer regionale Vereine nicht länger finanziell unterstützt würden. Das regionale Vereinsleben werde geschädigt, so der Verband.^[18]

Aus einer Recherche der NGO Abgeordnetenwatch von 2023 geht hervor, dass die "Familienunternehmer" im Bundestagswahlkampf 2021 eine Kampagne geplant hätten, die eine Umbenennung der Vermögenssteuer "in 'Mittelstands- ' oder 'Exportationssteuer'" zum Ziel gehabt habe.^[19]

Lobbying gegen die Klimapolitik der Bundesregierung

Nach der Recherche der NGO Abgeordnetenwatch wirbt der Verband in der Klimapolitik dafür, dass alles so bleibt, wie es ist.^[20] Pläne der Regierung, Industrie und Wirtschaft zu weniger Emissionen zu verhelfen, würden als "Planwirtschaft" kritisiert. Die Zuschüsse für den Einsatz CO₂-armer Technologien seien für Vereinspräsident Worleé gar "planwirtschaftliche Klientelpolitik à la UdSSR." In einem internen Papier heiße es, "dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Klimapolitik dazu führt, dass sich die Parteien mit immer ambitionierten Zielsetzungen gegenseitig übertrumpfen". Konsequenz für den Verband seien: "Umso mehr komme es darauf an, eine überschießende Energiepolitik als Kostentreiber zu brandmarken." Laut eines Protokolls habe der Verband in Fragen der Energiepolitik "meinungsbildend sowohl auf die FDP als auch auf die Mittelstandsvereinigung der CDU" gewirkt.

In den [Vorschlägen zur Energiekrisen-Bewältigung 2022](#) wird unter Punkt 2. ausgeführt: „Die ideologischen Scheuklappen müssen abgelegt werden. Die Beschränkungen und Einschränkungen für den Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken und deren Reaktivierung aus der Reserve sind auf unseren Druck hin bereits teilweise gefallen. Die Gesetzgebung für die Atomkraft muss einen Weiterbetrieb von mindestens drei – besser: sechs – Atomkraftwerken ermöglichen, solange die Gasversorgung angespannt ist.“ Solar- und Windkraft werden hingegen nicht einmal benannt.

Kritik am aggressiven Auftreten

2023 kritisierte die NGO Abgeordnetenwatch die "forsche Rhetorik" des Verbandes.

Die Anhebung des Spitzensteuersatzes für Großverdiener nennen "Familienunternehmer" demnach "eine fiskale Sterbehilfe". Dass unterschiedliche Gehälter von Männern und Frauen nicht mehr mit persönlichem Verhandlungsgeschick begründet werden dürfen, sei in der Rhetorik der Familienunternehmer ein "scharfer Eingriff in die Vertragsfreiheit". "Eine Nebelkerze" nannte der Verband demnach Pläne, Wohlstand künftig mit erweiterten Kriterien zu messen, etwa mit sauberem Wasser.^[21]

Im gleichen Artikel zitierte Abgeordnetenwatch den Bundestagsabgeordneten Anton Hofreiter: "Er sagt über die "Familienunternehmer", sie gingen teilweise "aggressiver vor als die Waffen- und Chemieindustrie". Ihre Haltung sei oftmals: "Die Politik muss den Unternehmen dankbar sein, weil sie ja Jobs schaffen.""

Positionen

Die Familienunternehmer fordern u. a., den Solidaritätszuschlag zu senken^[22], den Mindestlohn abzuschaffen, keine Vermögenssteuer einzuführen, die Erbschaftssteuer niedrig zu lassen und Werkverträge nicht zu kontrollieren.^[23] Im Gegensatz zum [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) kritisierte der Verein die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung, wollte Griechenland aus dem Euro haben und befürchtete immer höhere Finanzlasten für Deutschland.^{[24][25]}

Einige Repräsentanten des Vereins bezweifeln den menschengemachten Klimawandel oder stellen zumindest den Sinn der meisten Klimaschutzmaßnahmen in Frage. Ein selbsternannter "Klimaskeptiker" ist der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler, der im Strategischen Beirat des Vereins sitzt. Die Thesen des Vizepräsidenten Patrick Adenauer, Kanzlerenkel und Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#), legen nach Auffassung des „Kölner Express“ den Verdacht nahe, dass er in die Kategorie „Klimaleugner“ fällt.^[26]

Der Verein hatte ursprünglich für die eurokritischen und neoliberalen Positionen der AfD großes Verständnis.^[27] Mitglieder und Repräsentanten der Familienunternehmer hatten sich bereits vor der Gründung der AfD mit Professoren getroffen, die die Gründung einer neuen Partei in Erwägung zogen. Zum Teil handelte es sich um vertrauliche Kontakte; zum Teil wurde über die gemeinsamen Diskussionen in der Internetzeitung [FreieWelt.net](#) berichtet, die die AfD publizistisch unterstützt.^[28] [Peer-Robin Paulus](#), Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Familienunternehmer, vertrat auf dem [Forum Freiheit](#) 2013 die Auffassung: "Wer eine gute CDU will, muss die AfD wählen".^[29] Zu seinem Bundeskongress am 8./9. Mai 2014 hat der Verein den AfD-Parteivorsitzenden Bernd Lucke eingeladen, um eine Stunde über den Euro und die Zukunft Europas zu referieren.^[30] Laut Hauptgeschäftsführer Albrecht von der Hagen möchte der Verband mit der Einladung zeigen, wie unzufrieden er mit der jetzigen Bundesregierung ist. Auch wenn die AfD mit populistischen Thesen gegen Zuwanderung und den freien Handel zu punkten versuche, schrecke dies die Familienunternehmer nicht, das Gespräch zu suchen.

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Hauptgeschäftsführer	Albrecht von der Hagen
Geschäftsführerin	Daniela Röben
Leiter Abteilung Politik und Wirtschaft	Peer-Robin Paulus, Mitglied der Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft ^[31]

Präsidium

(Auswahl)

- Reinhold von Eben-Worlée (Präsident), Geschäftsführender Gesellschafter der E.H. Worlée & Co. (GmbH & Co.) KG, Mitglied des Präsidiums des [Verband der Chemischen Industrie e.V.](#) (VCI)
- Patrick Adenauer (Vizepräsident), Mitglied der CDU, Geschäftsführender Gesellschafter der Bauwens GmbH & Co. KG, Präsident des Family Business Network Deutschland, Mitglied des Aufsichtsrats der DuMont Mediengruppe, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Simone Bagel-Trah, Vorsitzende des Aufsichtsrats & des Gesellschafterausschusses der Henkel AG & Co. KGaA
- Heinrich Deichmann, Vorsitzender des Verwaltungsrats und der geschäftsführenden Direktoren der Deichmann SE, Mitglied des Vorstands des Handelsverbands Deutschland (HDE), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) und des Stiftungsrats der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- Albrecht von der Hagen, Hauptgeschäftsführer
- Alfred Oetker, Geschäftsführender Gesellschafter der Geschwister Oetker Beteiligungen KG
- Marie-Christine Ostermann, Geschäftsführende Gesellschafterin der Rulko Großeinkauf GmbH & Co. KG, ehem. Bundesvorsitzende DIE JUNGEN Unternehmer^[32], Mitglied des Aufsichtsrats der Fielmann AG, Mitglied des Kuratoriums des Bundesverbands Deutscher STARTUP TEENS, Mitglied des Family Business Network FBN, Responsible Leader der BMW Stiftung Herbert Quandt, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied des Beirats der [REPUBLIK21 e.V.](#), zumindest zeitweise Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) (die Gremien der Stiftung sind auf der Webseite der Hayek Gesellschaft seit geraumer Zeit nicht mehr abrufbar), Referentin beim Hayek-Club Münsterland^[33], 2014 - 2015 Landesschatzmeisterin der FDP NRW. 2015 initiierte Ostermann das „Netzwerk Liberale Agenda 2025“, aus dem später das Wirtschaftsforum der FDP geworden ist.^[34]
- Sarna Röser, Mitglied der Geschäftsleitung der Röser FAM GmbH & Co. KG, Mitglied des Vorstands der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Reinhardt Zinkann, Geschäftsführender Gesellschafter der Miele & Cie. KG, Vizepräsident des Markenverbandes

Strategischer Beirat

(Auswahl)

Name	Verbindungen
------	--------------

Ulrike Ackermann	• John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung der privaten SRH Hochschule Heidelberg, Leiterin • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied
Marie-Christine Ostermann	• Rulko Großeinkauf GmbH & Co., Geschäftsführende Gesellschafterin • REPUBLIK21 e.V., Mitglied des Beirats • FDP, ehem. Landesschatzmeisterin NRW • Die Jungen Unternehmer - BJU, bis 2012 Bundesvorsitzende • Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft, Mitglied des Kuratoriums • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied
Frank Schäffler	• Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) • Prometheus, Gründer • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, ehem. Mitglied
Sarna Röser	• Röser FAM GmbH & Co. KG, Mitglied der Geschäftsleitung • Die Jungen Unternehmer - BJU, Bundesvorsitzende • Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorstandsmitglied

(Stand: August 2023) Quelle: ^[35]

- Ehemaliges Mitglied: [Michael Fuchs](#), Stellv. Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion

Kooperationen

Jenaer Allianz

Die Familienunternehmer - ASU ist einer der Initiatoren der neoliberalen [Jenaer Allianz](#) zur Erneuerung der Marktwirtschaft.

European Family Businesses

Die Familienunternehmer - ASU ist Mitglied von [European Family Businesses](#), der europäischen Dachorganisation der Familienunternehmen mit Sitz in Brüssel.

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Der Verein ist Mitglied/Förderer der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

Austauschrunde Steuern

Die Familienunternehmer gehören der [Austauschrunde Steuern](#) an, einer Diskussionsrunde zu steuerpolitischen Fragen mit 120 Mitgliedern, die beim Verband [Familienbetriebe Land und Forst](#) angesiedelt ist.^[36] Die Initiative konnte nach eigenen Angaben die Substanzsteuer verhindern.^[37]

Zitate

"Lobbyorganisationen wie der Verband 'Die Familienunternehmer' haben eine brutale Kampagne gegen weitergehende Regeln geführt, indem sie so taten, als drohe durch eine moderate Besteuerung Superreicher der Untergang des Mittelstands. Dass diese freche Lüge so durchschlagend wirkt, haben sie sich wohl selbst nicht träumen lassen." - Ulrich Schulte in der taz zur Reform der Erbschaftssteuer 2016 ^[38]

Weiterführende Informationen

- [Die Lobbymacht der „Familienunternehmer“ 2023](#)
- [Die Macht des großen Geldes: Lobbyismus und Großspenden im Wahlkampf, 23. September 2021](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Mitgliedschaft](#), familienunternehmer.eu, abgerufen am 12.04.2023
2. ↑ [Die Familienunternehmer](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 09.04.2023
3. ↑ [Die Lobbymacht der "Familienunternehmer"](#)abgeordnetenwatch.de vom 04.04.2023, abgerufen am 12.04.2023
4. ↑ [Anzahl der Unternehmen in Deutschland nach Unternehmensgröße](#)statista.com vom 12.08.2022, abgerufen am 12.04.2023
5. ↑ [Die Familienunternehmer](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 09.04.2023
6. ↑ [Familienunternehmer zur europäischen Einigung über CSRD-Berichtspflichten: Regulierungs-Moratorium – jetzt!](#)familienunternehmer.eu vom 24.06.2022, abgerufen am 08.12.2022
7. ↑ [Ministerin Lemke lässt Belastungsmoratorium des Bundeskabinetts scheitern](#)familienunternehmer.eu vom 06.10.2022, abgerufen am 08.12.2022
8. ↑ [Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte](#) insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
9. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
10. ↑ [Ökonom zu Lieferkettengesetz: „Das ist eine Frage des Anstands“](#) taz.de vom 17.09.2020, abgerufen am 23.11.2022

11. ↑ [Bundesregierung stärkt den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung](#), bundesfinanzministerium.de vom 22.02.2017, abgerufen am 07.02.2019
12. ↑ [Der Eigentümer bleibt geheim](#), sueddeutsche.de vom 05.02.2019, abgerufen am 07.02.2019
13. ↑ [Brun-Hagen Hennerkes-Über Familienunternehmen und Erbschaftssteuer](#) Der Spiegel abgerufen am 06.03.2015
14. ↑ [Verfassungsgericht kippt Erbschaftssteuer](#), Der Spiegel, abgerufen am 06.03.2015
15. ↑ [Christoph Butterwege: Ein Lehrstück des Lobbyismus](#), taz online vom 24. September 2015, abgerufen am 25. 09. 2015
16. ↑ Sonderheft Reichtum, Die Macht des Geldes, Managermagazin, Oktober 2019, S. 68 f., 73
17. ↑ [Die Macht des großen Geldes: Lobbyismus und Großspenden im Wahlkampf](#), lobbycontrol.de vom 23.09.2021, abgerufen am 06.10.2021
18. ↑ [Die Macht des großen Geldes: Lobbyismus und Großspenden im Wahlkampf](#)lobbycontrol.de vom 23.09.2021, abgerufen am 12.04.2023
19. ↑ [Die Lobbymacht der Familienunternehmer](#)abgeordnetenwatch.de vom 04.04.2023, abgerufen am 12.04.2023
20. ↑ [Die Lobbymacht der Familienunternehmer](#)abgeordnetenwatch.de vom 04.04.2023, abgerufen am 12.04.2023
21. ↑ [Die Lobbymacht der Familienunternehmer](#)abgeordnetenwatch.de vom 04.04.2023, abgerufen am 12.04.2023
22. ↑ [Pressestatement vom 1. November 2011: Familienunternehmer zur Soli-Debatte: Bundesratsmehrheit will Arbeitnehmer nicht entlasten](#)
23. ↑ [Positionen und Aktionen, Webseite familienunternehmer](#), abgerufen am 11. 10. 205
24. ↑ [Marc Beise: Porzellan zerschlagen Der Euro treibt auch einen Keil zwischen die Familienunternehmen](#), Süddeutsche Zeitung vom 14./15. Juli 2012
25. ↑ [Nach Streit Familienunternehmer reichen BDI die Hand](#), Handelsblatt vom 13. Juli 2012, Website Handelsblatt, abgerufen am 14. Juli 2012
26. ↑ [Umstrittene Kolumne Express checkt Adenauers Klima-Thesen](#), espress.de vom 10.08.2019
27. ↑ [Andreas Kemper: Familienunternehmer versus BDI](#), Der Freitag online vom 20. März 2013 Webseite Freitag, abgerufen am 11. 5. 2014
28. ↑ [Podiumsdiskussion der Zivilen Koalition: ESM - Vertrag - Der Weg in die Schuldenunion](#), FreieWelt.net vom 1. Januar 2013
29. ↑ [Christian Dorn: Forum Freiheit 2013: AfD oder FDP?](#), eigentümlich frei vom 19. September 2013, Webseite abgerufen am 11. 5. 2014
30. ↑ [Familienunternehmen geben der AfD eine Bühne](#), Stuttgarter Zeitung vom 8. Mai 2014, Webseite Stuttgarter Zeitung, abgerufen am 11. 5. 2014
31. ↑ [Autor](#), nzz-libro.ch, abgerufen am 10.05.2022
32. ↑ [Profil](#), linkedin.com, abgerufen am 08.04.2023
33. ↑ [Spannende Referenten - lebhaft Diskussionen](#), hayekclubmuenster vom 31.01.2015, abgerufen am 07.04.2023
34. ↑ [Marie-Christine Ostermann schleust Top-Manager zur FDP](#), manager-masgazin.de vom 30.04.2015, abgerufen am 07.04.2023
35. ↑ [Mitglieder Strategischer Beirat](#), familienunternehmer.de, abgerufen am 13.08.2023
36. ↑ [Die Familienunternehmer](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.05.2022
37. ↑ [Steuern](#), familienbetriebeluf-bayern.de, abgerufen am 09.05.2022
38. ↑ [Kommentar Grüne und Erbschaftsteuer: Eine gefährliche Blamage](#), die taz, 14.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017

Günther Oettinger

Günther Oettinger (* 15. Oktober 1953 in Stuttgart), CDU-Politiker und seit 2019 Lobbyist, war bis 2019 EU-Kommissar für Haushalt und davor Kommissar für Digitalwirtschaft (2017-2019) sowie EU-Kommissar für Energie (2010-2014). Für die Beratertätigkeit nach dem Ende seiner EU-Amtszeit im November 2019 hat er die Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung gegründet.^[1] Nach seinem Ausscheiden aus der EU-Kommission hat Oettinger 13 neue Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere in Gremien von Unternehmen und wirtschaftsnahen Denkfabriken, genehmigen lassen.^[2]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung	25
2 Karriere	26
3 Verbindungen und Netzwerke	26
3.1 Genehmigte Nachfolgebeschäftigungen	26
3.2 Weitere Verbindungen	27
3.3 Kommissar der Konzerne	27
3.4 Oettingers Europaforum Lech	27
3.5 Die Oettinger-Gruppe	27
4 Fallbeispiele und Kritik	28
4.1 2016: Vorwürfe wegen eines Freiflugs mit einem Lobbyisten	28
4.2 2014: Verschlechterung der Kundenrechte bei der Telekommunikation	28
4.3 2013: Geschönter Bericht über Subventionen im EU-Energiemarkt	28
4.4 2012: Berücksichtigung der Interessen von VW bei der CO2-Politik	29
4.5 2007: Stuttgart 21	29
5 Zitate	29
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	29
7 Einzelnachweise	29

Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung

Nach Beendigung seiner Tätigkeit als EU-Kommissar hat Oettinger gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin Friederike Beyer die Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung GmbH, mit Sitz in Hamburg gegründet (AG Hamburg HRB 158209). Laut Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 2. Oktober 2020 ist der Gegenstand der Gesellschaft die Beratung von Unternehmen, öffentlichen Institutionen und Einzelpersonen im In- und Ausland in wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten sowie die Vermittlung des Abschlusses von Verträgen über Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, gewerbliche Räume oder Wohnräume und der Nachweis der Gelegenheit zum Abschluss solcher Verträge und alle damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Oettinger und Beyer sind Geschäftsführer der GmbH und an deren Stammkapital in Höhe von 100 Tsd. Euro mit je 50 % beteiligt.

Karriere

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)
- 2019 Gründung der Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung GmbH
- 01/2017-11/2019 **EU-Kommissar für Haushalt und Personal**
- 10/2014-12/2016 EU-Kommissar für Digitalwirtschaft
- 02/2010-10/2014 EU-Kommissar für Energie
- 2005-2010 **Ministerpräsident von Baden-Württemberg**
- 2005-2009 Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg
- 2001-2005 Bezirksvorsitzender der CDU Nordwürttemberg
- 1991-2005 Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag von Baden-Württemberg
- seit 1988 Mitinhaber der [Oettinger-Gruppe](#) in Ditzingen
- 1984-2010 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
- 1980-1994 Stadtrat in Ditzingen
- seit 1974 Mitglied der CDU
- 1971-1982 Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft an der Universität Tübingen

Quelle: ^[3]

Verbindungen und Netzwerke

Genehmigte Nachfolgebeschäftigungen

Von der EU-Kommission sind die folgenden Nachfolgebeschäftigungen genehmigt worden:

- Amundi (Asset Management): Aufsichtsrat
- CG Elementum AG: Aufsichtsrat
- London Speakers Bureau: Speaker
- [Stiftung Ordnungspolitik](#): Kuratorium
- [Centrum für Europäische Politik](#): Kuratorium
- United Europe: Präsident
- [DGAP](#): Mitglied des „Steering Committee“
- Landesmuseum Württemberg: Beirat
- Herrenknecht AG: Aufsichtsrat
- [Deloitte](#) Deutschland GmbH: Beirat

- [Kekst CNC](#): Global Advisory Board
- Privatbank Donner & Reuschel (Signal Iduna Versicherungskonzern): Beiratsvorsitzender

Quelle: ^[4]^[5]

Weitere Verbindungen

- ehem. (ehrenamtlich beratendes) Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrats der CDU](#), einer Lobbyorganisation unionsnaher Unternehmer. ^[6]
- Senator der Lobbyorganisation EWiF/[Wir Eigentümerunternehmer](#)^[7]
- Mitglied des Aufsichtsrats und des Beirats der Gröner Group AG (Vorstandsvorsitzender: [Christoph Gröner](#))^[8]

Kommissar der Konzerne

2016 fanden über 90 Prozent von Oettingers Treffen als EU-Kommissar mit Wirtschaftsvertretern statt. Keine EU-Kommissarin weist einen höheren Wert aus, wie eine Auswertung der Webseite [EU Integrity Watch](#) ergibt. ^[9]

Oettingers Europaforum Lech

Als EU-Kommissar lud Günter Oettinger jährlich eine handverlesene Liste von Leuten in den exklusiven Wintersportort Lech/Österreich zum „Europaforum Lech“. Organisiert wird die Veranstaltung hauptsächlich von Oettingers Generaldirektion. 2016 jährte sich das Event zum 5. Mal. Der Mini-Gipfel besteht aus Reden, Podiumsdiskussionen – und zahllosen Möglichkeiten, Oettinger oder einen der anderen hochrangigen EU-Beamten zu einem persönlichen Gespräch zur Seite zu nehmen.

2016 nahmen vor allem Führungskräfte der Kommunikations- und IT-Branche wie Vodafone-Chef Hannes Ametsreiter, Gavin Petterson, CEO von British Telecommunication, oder der [Google](#)-Chef für strategische Beziehungen für Europa teil. Von Seiten der EU waren unter anderem Giovanni Buttarelli, EU-Datenschutz-Beauftragter, oder Wilhelm Molterer, der Geschäftsführer des Europäischen Fonds für strategische Investitionen, anwesend. Insgesamt zeigt die Teilnehmer/-innen-Liste 62 Vertreter/innen aus der Wirtschaft, 5 Politiker und etwa 12 hochrangige EU-Vertreter/-innen, so wie 4 Vertreter aus dem akademischen Bereich.

Recherchen des Journalisten Sascha Adamek belegen, dass die Gemeinde Lech, die Teile des Europaforums mit organisierte, für 2012 und 2013 das österreichische Energie- und Gasunternehmen OMV als Sponsor gewinnen konnte. Damals war Oettinger Energiekommissar – und OMV an 2 Projekten interessiert, die in Oettingers Verantwortung als Energiekommissar fielen: die Nabucco-Pipeline und die Southstream-Pipeline. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich ein Unternehmen über Sponsoring-Aktivitäten Zugang zu einem zentralen Entscheidungsträger verschafft. ^[9]

Die Oettinger-Gruppe

Der damalige Ministerpräsident Oettinger war im Jahr 2008 zu 25% Mitinhaber der Oettinger-Gruppe, einer Wirtschaftsprüfung, Treuhand-, Revisions- und Unternehmensberatungsgesellschaft in Ditzingen. Gesellschafter der Oettinger-Gruppe ist der Sparkassenverband Baden-Württemberg. Dessen Präsident, Peter Schneider, ist Vorsitzender des Beirats der Oettinger-Gruppe. ^[10]

Problematisch ist diese Verbindung, weil der Ministerpräsident einer Landesregierung vorsteht, die den Sparkassenverband beaufsichtigt, der wiederum an seinem Unternehmen beteiligt ist. Andreas Müller schreibt in der Stuttgarter Zeitung über diese Verbindungen der Oettinger-Gruppe^[11]: „Entsprechend überrascht reagierten branchenkundige Politiker und Wirtschaftsleute, als die Stuttgarter Zeitung sie auf die Verbindung ansprach. Politisch sei die Oettinger-Gruppe bekanntermaßen "gut vernetzt", aber nein, davon habe man noch nie gehört. Wozu solle sich der Sparkassenverband, der für seine 55 Institute selbst eine große Prüfungsabteilung unterhält, an einer Prüfungsgesellschaft beteiligen? Das könne man sich "eigentlich nicht vorstellen", lautete sogar bei der Wirtschaftsprüferkammer in Berlin die erste Reaktion. Nach der Berufsordnung seien solche Beteiligungen von Nichtprüfern seit 1986 nicht mehr zulässig; nur für "Altfälle" gebe es Bestandsschutz.“ „Um einen solchen Altfall geht es in der Tat – so alt, dass sich Hans-Joachim Oettinger zunächst nur vage erinnerte. Die Beteiligung stamme wohl aus den 60er Jahren, die Motive dafür müsse man erst im Firmenarchiv recherchieren.“

Fallbeispiele und Kritik

2016: Vorwürfe wegen eines Freiflugs mit einem Lobbyisten

Im November 2016 ist gegen Oettinger der Vorwurf erhoben worden, im Privatflugzeug des Lobbyisten Klaus Mangold nach Ungarn zu einem Treffen mit Viktor Orban geflogen zu sein, ohne für den Flug zu bezahlen.^[12] Mangold, ehem. Daimler-Manager und ehem. Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, ist Honorarkonsul der Russischen Föderation für Baden-Württemberg und Inhaber der Internationalen Wirtschaftsberatungsgesellschaft mbH (IWB).^[13] Diese bietet auf ihrer Webseite die Kontaktvermittlung zu Einrichtungen der öffentlichen Hand in Russland, GUS, Mittel- und Osteuropa an.^[14] Nach Auffassung von Transparency International könnte Oettinger gegen den Verhaltenskodex für EU-Kommissare verstoßen haben, der vorsieht, dass Geschenke im Wert von mehr als 150 Euro veröffentlicht werden müssen.^[15] Der geldwerte Vorteil des Freiflugs werde im Öffentlichen Register der Geschenke an Kommissionsmitglieder jedoch nicht erwähnt.

2014: Verschlechterung der Kundenrechte bei der Telekommunikation

Kurz nach der Übernahme des Amts als "EU-Digitalkommissar" setzte sich Oettinger für eine deutliche Verlängerung der Kündigungsfristen bei DSL-Anschlüssen ein. Das Manager Magazin zeigte in einem Artikel, dass er damit den Lobbyeinflüssen großer Konzerne nachgegeben hat.^[16]

2013: Geschönter Bericht über Subventionen im EU-Energiemarkt

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) hat EU-Kommissar Oettinger Angaben aus dem Entwurf eines Subventionsberichts streichen lassen, die seiner These widersprechen, erneuerbare Energien würden viel zu hoch gefördert. Die zuständigen Beamten kamen zu dem Ergebnis, dass nicht erneuerbare Energien das meiste Geld erhalten, sondern Kohle- und Gaskraftwerke sowie die Atombranche. Insgesamt bezuschussten die Regierungen der EU die Energiebranche mit mehr als 130 Mrd. Euro jährlich (ohne Haftpflichtversicherungen für Atommeiler). Davon gingen nur 30 Mrd. Euro an grüne Kraftwerke. Im finalen Bericht sind die Zahlen durchgestrichen. Oettingers Sprecherin erklärte, in keinem Dokument seien derlei Details aufgeführt, was nach Auffassung der SZ nicht zutrifft. Dieser liegen zwei Entwürfe vor - und zwar im Korrekturmodus, in dem die Änderungen rot markiert sind.

Quelle: ^[17]

2012: Berücksichtigung der Interessen von VW bei der CO2-Politik

Im Oktober 2012 wurde bekannt, dass Oettinger sich in seinem Amt als EU-Energiekommissar für die Interessen des Autokonzerns **VW** engagierte. Laut ZEIT soll sich Oettinger auf Bitte des VW-Chefs Martin Winterkorn, gegen die Einführung einer festen CO2-Obergrenze ab dem Jahre 2020 eingesetzt haben. Der VW Chef hatte sich einige Tage vor der diesbezüglichen Verhandlung der EU-Kommission am 11. Juli 2012 an Oettinger gerichtet, um die Interessen VWs in den Beratungen zu wahren. Im Antwortschreiben Oettingers gibt der Energiekommissar an, das Anliegen Bitterkorns berücksichtigt zu haben.^[18] In dem Brief schreibt Oettinger, durch sein Engagement könnten "die Diskussion über unsere CO2-Politik für Pkws nach 2020 ergebnisoffen geführt werden".^[19] Auf diese Weise trug Oettinger maßgeblich zu einer Entschärfung der CO2-Richtlinien für Pkws auf europäischer Ebene bei.

2007: Stuttgart 21

Im öffentlichen Bahn-Verkehr einigten sich Oettinger, der damalige Bundesverkehrsminister **Wolfgang Tiefensee** und Bahnchef Hartmut Mehdorn am 19. Juli 2007 zu den Verhandlungen über die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm sowie über das Projekt **Stuttgart 21**.^[20]

Zitate

Für Kritik sorgte auch Oettingers Trauerrede beim Staatsakt im Freiburger Münster zum Begräbnis von Hans Filbinger am 11. April 2007. Oettinger bemerkte: "Anders als in einigen Nachrufen zu lesen, gilt es festzuhalten: Hans Filbinger war kein Nationalsozialist. Im Gegenteil; er war ein Gegner des NS-Regimes". Oettinger weiter: "Es bleibt festzuhalten: Es gibt kein Urteil von Hans Filbinger, durch das ein Mensch sein Leben verloren hätte". Am 16. April erklärte Oettinger, dass er sich von seinen eigenen Äußerungen distanzieren.^[21]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Oettinger will Politikberater werden](#), Politik-kommunikation.de vom 09.08.2019, abgerufen am 17.08.2019
2. ↑ [Günther Oettinger nimmt mehrere Lobby-Jobs an](#), spiegel.de vom 29.11.2020
3. ↑ [Günther H. Oettinger](#), ec.europa.eu, abgerufen am 19.08.2019
4. ↑ [Spitzenreiter bei den Nachfolgebeschäftigungen von ehemaligen EU-Kommissaren](#), gruene-jork.de, abgerufen am 06.12.2020
5. ↑ [EU-Kommission genehmigt 13. Anschlußposten für Oettinger](#), wiwo.de vom 04.03.2021, abgerufen am 20.03.2021
6. ↑ [Jahresbericht 2020, S. 13](#) wirtschaftsrat.de, abgerufen am 04.02.2022
7. ↑ [Senat](#), ewif.de, abgerufen am 06.12.2020
8. ↑ [Was plant Christoph Gröner mit CG-Elementum](#), immobilien-aktuell-masgazin.de vom 05.04.2022, abgerufen am 25.06.2023

9. ↑ ^{9,09,1} [Günther Oettinger: Kommissar der Konzerne](#) LobbyControl vom 5. Januar 2017, abgerufen am 08.01.2017
10. ↑ [Das Stuttgart 21-Kartell](#), kopfbahnhof-21.de, aufgerufen am 29.04.2014.
11. ↑ [Gut vernetzt: Alte Bande zwischen den Sparkassen und Oettingers](#), Stuttgarter Zeitung vom 30.05.2008, aufgerufen am 21. Oktober 2010.
12. ↑ [Oettinger flog gratis in „Mr. Russlands“ Privatjet](#), spiegel.de vom 16.11.2016, abgerufen am 17.11.2016
13. ↑ [Mister Russland der deutschen Wirtschaft](#), faz.net vom 07.02.2016
14. ↑ [Realisierung von Geschäfts- und Vertriebskooperationen sowie Businessprojekten zwischen Unternehmen in Mittel- und Osteuropa, Russland und GUS](#), iwconsult.com, abgerufen am 17.11.2016
15. ↑ [Oettinger flog gratis in „Mr. Russlands“ Privatjet](#), spiegel.de vom 16.11.2016, abgerufen am 17.11.2016
16. ↑ [Lobbyismus-Verdacht: Günther Oettinger, der aufgescheuchte Kommissar der Unternehmen](#), Manager Magazin, 19. November 2014, zuletzt aufgerufen am 19.11.2014
17. ↑ [Genios Presse-Archiv](#) Schön, schöner, geschönt EU-Kommissar Oettinger streicht Zahlen aus Subventionsbericht], Süddeutsche Zeitung vom 14. Oktober 2013, S. 1, abrufbar über [Genios Presse-Archiv](#)
18. ↑ [CO2-Grenze: Oettinger kümmert sich um VW Interessen](#), www.Zeit.de, aufgerufen am 26.10.12
19. ↑ [Oettinger, Freund der Autoindustrie](#), www.sueddeutsche.de, aufgerufen am 26.10.12
20. ↑ [Biografie](#), www.whoswho.de, aufgerufen am 13.10.2010.
21. ↑ [Biografie](#), homepage whoswho.de, aufgerufen am 29.04.2014.

Udo di Fabio

Udo di Fabio (*26. März 1954 in Walsum), ehemaliger Richter des Bundesverfassungsgerichts, Professor am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn und Direktor des Forschungkollegs normative Gesellschaftsgrundlagen (FnG), ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der [Stiftung Familienunternehmen](#), für die er auch Gutachten erstellt. Von der Arbeitgeber-Lobbyorganisation [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) ist er 2005 als "Reformer des Jahres" ausgezeichnet worden. Die Laudatio hielt Vorjahressieger [Friedrich Merz](#).^[1] Weiterhin ist er Mitglied des Kuratoriums und Träger des Publizistik-Preises 2015 der neoliberalen [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#).

Di Fabio war bis Dezember 2011 Richter des Bundesverfassungsgerichts. Bereits am 31. Oktober 2012 wurde sein Gutachten für den Deutschen Beamtenbund (DBB) zum Streikverbot für Beamte der Öffentlichkeit präsentiert.^[2] Seit 2017 gibt es [Verhaltensleitlinien für Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts](#), in denen es unter „Verhalten nach dem Ende der Amtszeit“ heißt: „Die Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts übernehmen in Sachgebieten ihres Dezernats in dem ersten Jahr nach ihrem Ausscheiden keine Beratungstätigkeit, erstatten keine Gutachten und treten nicht vor Gericht auf. Auch danach vertreten sie nicht vor dem Bundesverfassungsgericht. Sie vermeiden den Eindruck einer unangemessenen Verwertung internen Wissens“.

Nach seinem Ausscheiden als Richter des Bundesverfassungsgerichts hat di Fabio Gutachten für Wirtschaftsverbände erstellt, in denen Gesetzesvorhaben, die den Interessen der betroffenen Verbände widersprachen, als verfassungswidrig oder verfassungsmäßig bedenklich qualifiziert wurden. Di Fabio gehörte zu den Bundesverfassungsrichtern, die 2007 Regelungen zur Offenlegung von Einkünften von Abgeordneten für verfassungswidrig hielten. Einer der Kläger war [Friedrich Merz](#).

Inhaltsverzeichnis

1 Stimmverhalten von di Fabio bei der Klage von Abgeordneten gegen Offenlegung von Einkünften	31
2 Tätigkeit als Gutachter	31
3 Karriere	31
4 Verbindungen und Netzwerke	32
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	32
6 Einzelnachweise	32

Stimmverhalten von di Fabio bei der Klage von Abgeordneten gegen Offenlegung von Einkünften

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat mit Urteil vom 4. Juli 2007 die Anträge von neun Bundestagsabgeordneten, zu denen u.a. [Friedrich Merz](#) gehörte, zurückgewiesen. Diese hatten sich im Wege der Organklage gegen § 44a Abs. 1 Abgeordnetengesetz, wonach die Ausübung des Mandats im Mittelpunkt der Tätigkeit eines Mitglieds des Deutschen Bundestages steht, sowie gegen die Verpflichtung zur Offenlegung ihrer Nebeneinkünfte gewandt. Nach Auffassung von vier Richtern waren die Regelungen nicht zu beanstanden. Nach Auffassung der anderen vier Richter, darunter di Fabio, war die Mittelpunktregelung nur in der gebotenen verfassungskonformen Auslegung mit Grundgesetz vereinbar. Diese 4 Richter hielten auch die Regelungen über die Anzeigepflicht für grundgesetzwidrig.

Quelle: ^[3]

Tätigkeit als Gutachter

Di Fabio hat in den letzten Jahren eine Vielzahl von Gutachten erstellt. Beispiele für Gutachten für Wirtschaftsverbände sind:

- Lebensmittelverband Deutschland: [Staatliche Ernährungspolitik und Verfassung - 2021](#)
- bpa Arbeitgeberverband: [Erstreckung von Tarifvertragsnormen in der Pflege - 2019](#)
- Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA): [Gutachten zum Rx-Versandverbot- 2018](#)
- Verband Deutscher Privatschulverbände: [Gutachten Staatliche Infrastrukturverantwortung - 2018](#)
- [Stiftung Familienunternehmen: Die Reform der Erbschaftssteuer - 2015](#)
- Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger: [Mindestlohn bei Zeitungszustellern Eingriff in Pressefreiheit - 2014](#)
- [Stiftung Familienunternehmen: Leitplanken für eine stabile Wirtschafts- und Währungsunion - 2013](#)
- Verband der deutschen Rauchtobakindustrie (VdR): [Gutachten zur EU-Tabakproduktrichtlinie - 2013](#)

In einem Gutachten im Auftrag des Freistaates Bayern vom Januar 2016 bestätigt di Fabio, dass die angedrohte Verfassungsklage des Freistaates gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung juristisch berechtigt sei. ^{[4][5]}

Karriere

- 2012 Inhaber der Frank-Loeb-Professur an der Universität Koblenz-Landau
- 2011 Inhaber der Mercator-Professur an der Universität Duisburg-Essen
- seit 2003 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bonn (C4)

- 1999 - 2011 Richter des Bundesverfassungsgerichts (Zweiter Senat)
- 1997 Professor für Öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte an der Universität München (C4)
- 1994 - 1997 Direktor des Instituts für Umwelt- und Technikrecht an der Universität Trier
- 1993 Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Trier (C4)
- 1993 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Münster (C3)
- 1993 Habilitation (Bonn)
- 1990 - 1993 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn
- 1990 Promotion Sozialwissenschaft (Duisburg)
- 1986 - 1990 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn
- 1987 Promotion Rechtswissenschaften (Bonn)
- 1985 - 1986 Richter beim Sozialgericht Duisburg
- 1985 Zweites Juristisches Examen (Düsseldorf)
- 1982 Erstes Juristisches Examen (Hamm)

Quelle: ^[6]

Verbindungen und Netzwerke

- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums und Träger des Publizistik-Preises 2015
- [Centrum für Europäische Politik](#), Mitglied des Kuratoriums
- [Stiftung Wissenschaft und Politik](#), Mitglied des Stiftungsrats
- [Deutsche Telekom Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums
- [Stiftung Familienunternehmen](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- Vodafone Stiftung, Mitglied des Beirats
- [Freshfields Bruckhaus Deringer](#), Vorsitzender des [Ethikkomitees](#)
- [Aktiongemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Vortrag: Gelenkte Marktwirtschaft: Vision oder Gefahr? 2018
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Redner bei der VII. Ludwig-Erhard-Lecture am 14. Oktober 2013
- [Walter Eucken Institut](#), Redner bei der Hayek-Vorlesung 2013
- [Hanns Martin Schleyer-Stiftung](#), Träger des Hanns Martin Schleyer-Preises 2015
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) und Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Auszeichnung "Reformer des Jahres" (2005) für sein Buch "Die Kultur der Freiheit"

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Jury und FAS-Leser küren "Reformer des Jahres 2005": Verfassungsrichter Udo Di Fabio ist "Reformer des Jahres 2005"](#), presseportal.de vom 27.11.2005, abgerufen am 21.08.2021
2. ↑ [Di Fabio-Gutachten bestätigt Streikverbot für Beamte](#), dbb.de vom 31.10.2012
3. ↑ [Klage der Abgeordneten gegen Offenlegung von Einkünften erfolglos](#), Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Juli 2007, abgerufen am 20.08.2021
4. ↑ [Migrationskrise als föderales Verfassungsproblem](#), www.jura.uni-bonn.de, abgerufen am 20.04.2016

5. ↑ [Bayern Politisches Ränkespiel 12. Februar 2016](#), deutschlandradiokultur.de, abgerufen am 20.04.2016
6. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat Prof. Dr. Dr. Udo di Fabio](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 20. 08. 2021

Clemens Fuest

Der wirtschaftsliberale Ökonom **Clemens Fuest** (* 23. August 1968 in Münster), ist Präsident des [Ifo Institut](#), Regierungsberater, Mitglied des "Kronberger Kreises" und der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#) sowie Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) und Beiratsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#). Bis 4/2016 war er Präsident des [Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung](#) (ZEW).

Im F.A.Z. Ökonomenranking 2021 belegt Clemens Fuest Platz 2 unter den 100 einflussreichsten Ökonomen Deutschlands. ^[1]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	33
2 Verbindungen / Netzwerke	34
3 Wirken	34
4 Zitate	34
5 Weiterführende Informationen	34
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	34
7 Einzelnachweise	35

Karriere

- seit 10/2019 Mitglied des Deutsch-Französischen Rates der Wirtschaftsexperten
- seit 2018 Präsident des [International Institute of Public Finance](#)
- seit 4/2016 Präsident des [ifo Institut](#), Direktor des Center for Economic Studies (CES), Präsident der CESifo GmbH und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München
- 2015-2019 Mitglied der Mindestlohn-Kommission des Bundes
- 2013-4/2016 Präsident des [Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung](#) (ZEW)
- 2008-2010 Independent Expert Group to the Royal Commission on Scottish Devolution, Mitglied
- seit 2008 Programmdirektor an der Oxford University Centre for Business Taxation at Saïd Business School
- seit 2003 [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied (2007 - 2010 Vorsitzender)
- 2007 Research Fellow des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA), Bonn
- 2006-2008 International Fellow des Centre for Business Taxation, University of Oxford
- 2001-2013 Direktor des [Finanzwissenschaftliches Forschungsinstituts](#) an der Uni Köln

- 2001-2008 Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Uni Köln
- 2000 Habilitation an der Uni München
- 1994 Promotion an der Uni Köln
- 1987-1991 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Uni Bochum und der Volkswirtschaftslehre und Romanistik an der Uni Mannheim

Quelle: ^[2]

Verbindungen / Netzwerke

- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Präsidiums
- [Ernst & Young](#), Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
- [Wirtschaftsrat der CDU](#), [Stiftung Familienunternehmen](#) und Walter Raymond Stiftung der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Mitglied des Verwaltungsrats
- [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied des "Kronberger Kreises" und ehem. Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch"
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Fellow
- [Hanns Martin Schleyer-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums
- "Denkraum für Soziale Marktwirtschaft", Beiratsmitglied
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#): Unterzeichner des Manifests "Deutschland braucht mehr Wachstum" vom September 2006 ^[3] und des Manifests "Faire Regeln für alle: Mehrwertsteuer einfach gestalten" vom 23. Februar 2011 ^[4]
- [ÖkonomenBlog](#) der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied

Quelle: ^[5] (Stand: Dezember 2020)

Wirken

Zitate

"Also dieses alte Motto 'Die Reichen sollen mal zahlen' funktioniert deshalb nicht, weil es so viele Reiche nun auch wieder nicht gibt". ^[6]

(Antwort auf die Frage, warum immer zuerst im Bereich Arbeit und Soziales gespart werden soll und nicht auch bei den sogenannten Reichen, den Besserverdienern)

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Deutschlands einflussreichste Ökonomen](#) faz.net, abgerufen am 09.08.2023
2. ↑ [Stipendien, Preise und Mitgliedschaften](#), ifo.de, abgerufen am 18.12.2020
3. ↑ Das INSM-Wachstumsmanifest ist auf der Website der INSM abrufbar
4. ↑ [Faire Regeln für alle: Mehrwertsteuer einfach gestalten](#), Webseite INSM, abgerufen am 25. 01. 2016
5. ↑ [Stipendien, Preise und Mitgliedschaften](#), ifo.de, abgerufen am 18.12.2020
6. ↑ [Wolfgang Lieb: Sparpaket NachDenkseiten vom 8. Juni 2010](#), Webseite Nachdenkseiten, abgerufen am 26.03.2012